

# SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



## Volksrechte stärken

AUNS-Präsident und Nationalrat Pirmin Schwander will die Volksrechte in der Aussenpolitik stärken. Jetzt präsentiert er die Initiative.

Seite 7



## Volksabstimmung

«Ohne IV-Revision droht ein Fiasko», ein letzter Abstimmungsappell von Ständerat Alex Kuprecht.

Seite 5



## Interview

Luzi Stamm schreibt über Medien, Demokratie und den Verlust der Wahrheit.

Seite 8

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 5/2007

## Wissen Professoren und Richter alles besser?

Gregor A. Rutz, GS SVP Seite 3

## Mehr Schweizer Qualität

Nationalrat Peter Föhn Seite 9

## IV-Missbrauch

Interview mit Gion Pieder Casaulta, Leiter Recht/Regress der SVA St. Gallen Seite 6

## Des Dschihads

### Leuchttürme

Nationalrat Oskar Freysinger Seite 11

## Islam-Zentrum als Machtsymbol

Grossrat Thomas Fuchs Seite 12

## Die Feldwerbung der SVP

Nationalrat Toni Brunner Seite 14

Reklame

schreinerei  
**bortoluzzi**

Betpurstrasse 6, 8910 Affoltern a.A.  
Tel. 044 761 36 46 info@tonibortoluzzi.ch

Türen - Schränke  
Innenausbau Veriset-Küchen

Zuhause in allen Medien

ztprint ZOFINGER TAGBLATT  
ztonline WIGGERTALER

Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20  
4800 Zofingen, Telefon 062 745 93 93

# Missbrauch bekämpfen! Ja zur 5. IV-Revision!

Den Missbrauch stoppen, unsere Sozialwerke sanieren und Gerechtigkeit wiederherstellen – am 17. Juni entscheidet das Volk über einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Linke und Faule kämpfen für Sozialfründe und IV-Abzockerei. Die SVP kämpft für die Hilfe an die wahren Bedürftigen und für eine gesunde Invalidenversicherung. Es geht am 17. Juni um «Mein Zuhause – unsere Schweiz». Tragen wir Sorge zu unserer IV. Deshalb: Ja zur 5. IV-Revision. Jede Stimme zählt.

Weiter Seite 5





STIFTUNG  
FÜR BÜRGERLICHE  
POLITIK

## Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlagerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

## Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

**Herausgeberin:** Stiftung SVP-Parteizeitung

**Erscheinungsweise:** 12x/Jahr

**Chefredaktor:** Matthias Müller

**Inserate:** Roman S. Jäggi

**Adresse:**

Generalsekretariat SVP  
Postfach 8252, 3001 Bern  
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,  
E-Mail: klartext@svp.ch

**Jahresabonnement:**

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–  
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

**Bankverbindung:**

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

**Druck:**

ztp rint / Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,  
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

**Adressänderungen:**

Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG  
(Adresse s. «Druck»)

### Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren.

**Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

## SVP-Diskussionsforum im Internet

Das Diskussionsforum der SVP wird täglich von Tausenden besucht. Diskutieren auch Sie in einem der grössten Diskussionsforen zu politischen Themen der Schweiz. Sie können unregistriert teilnehmen oder sich bei der SVP-Community registrieren. Als Mitglied der SVP-Online-Community bekommen Sie Zugriff zum SVP-Chat und können sich dort mit anderen Mitgliedern zum Chatten verabreden. Im Wahljahr organisieren wir so genannte Promi-Chats mit bekannten SVP-Politikern.

Gehen Sie also ins Diskussionsforum der SVP auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch) und registrieren Sie sich noch heute. Es lohnt sich.

**SVP** Die Partei des Mittelstandes  
SCHWEIZER QUALITÄT

## Die SVP bewegt!

### 1. SVP-Grümpeltourney

**Samstag, 21. Juli 2007**  
ab 10 Uhr  
Reitplatz, Winterthur-Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien:

- **Plausch Sie & Er** (6 Spieler, davon mind. 2 Damen)
- **Männer** (keine Altersbeschränkung, 6 Spieler)

Promi-Spiel mit SVP-Politikern, u.a. mit den Nationalräten **Toni Brunner**, Torschütze beim «der Match», **Toni Bortoluzzi**, Captain FC Nationalrat, und **Jürg Stahl**, Präsident Parlamentarische Gruppe Sport.

Teilnahmegebühr: CHF 40.– pro Team

Anmeldungen ab sofort im Internet über [www.svp.ch](http://www.svp.ch) oder per E-Mail: [zollinger@svp.ch](mailto:zollinger@svp.ch).  
Auskünfte erteilt Markus Zollinger (Tel. 031 300 58 58).  
**Anmeldeschluss: 30. Juni 2007.**

**can-am**

## ATV und Quad

Diverse Attraktive Modelle  
in allen Preislagen

Fahrbar mit PW-Ausweis!  
Mit Leasing oder Finanzierung

**Vom Spezialisten!**  
[www.garagelang.com](http://www.garagelang.com)  
061 981 42 58  
4497 Rünenberg BL

### Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.–, Kissen Fr. 10.–. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

**Bettwaren Kloten**

BETTFEDERNREINIGUNG  
POTEMA®  
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

**ZOLLINGER + CO. AG**  
• 8424 Embrach, Hardhofstrasse 15  
Telefon 044 869 10 75  
Samstags auf tel. Anmeldung  
[www.rafzerfeld.com](http://www.rafzerfeld.com)  
[bettwaren@rafzerfeld.com](mailto:bettwaren@rafzerfeld.com)

Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

# Wissen Professoren und Richter alles besser?

«Mein Zuhause – unsere Schweiz», so lautet der Wahlkampf-Slogan der Schweizerischen Volkspartei. Damit zeigen wir, dass wir stolz sind auf unser Land. Wir sind überzeugt davon, dass die föderalen Strukturen der Eidgenossenschaft, die direkte Demokratie und das hohe Mass an Freiheit allen Menschen in diesem Land ein optimales Lebensumfeld bieten.



Diese Vorteile haben wir aber nicht einfach auf sicher: Das System der direkten Demokratie muss immer wieder von neuem verteidigt und erkämpft werden. Demokratische Mitwirkungsrechte erfordern die Bereitschaft zur Übernahme von Selbstverantwortung. Die direkte Demokratie verbietet es, alle Aufgaben dem Staat zu übertragen. Die Freiheit und die liberalen Grundsätze müssen immer wieder verteidigt werden. Immer häufiger stellen wir fest, wie unsere Rechtsordnung unterlaufen wird. Namentlich die schleichende

Aushöhlung unserer Rechtsgrundsätze durch internationale Vorschriften bereitet Bauchweh. Ein aktuelles Beispiel ist die Verwahrungsinitiative: Die Rechtskommission des Nationalrates stellt sich auf den Standpunkt, europäische Rechtsvorschriften verunmöglichten eine Umsetzung dieser Initiative. Wird damit der Volksentscheid, gemeingefährliche Straftäter lebenslang zu verwahren, zur Farce?

Ein zweites Beispiel ist die Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen». Ausser der SVP stellen sich alle anderen Parteien gegen dieses Begehren. CVP- und FDP-Politiker, welche sich für die Initiative äusserten, wurden öffentlich abgekanzelt. Angebliche Widersprüche zum internationalen Recht sind auch

hier das Hauptargument. Was hat der Schweizer Stimmbürger denn eigentlich noch zu sagen?

Selbst bei Initiativen, für welche noch Unterschriften gesammelt werden – so etwa bei der kürzlich lancierten Minarett-Initiative –, äussern sich Richter und Professoren öffentlich über Sinn und Unsinn des Vorstosses. Ihnen gehört ins Stammbuch geschrieben: Gesetze macht in diesem Land die Legislative, also Volk, Parlament sowie (bei Verfassungsänderungen) die Kantone. Politiker, Professoren und auch Richter haben sich hernach an diese demokratisch beschlossenen Grundsätze zu halten. Tun sie dies nicht, missachten sie die zentralsten demokratischen Grundsätze unseres Staatswesens.

Genau darum muss die SVP im Herbst noch einmal stärker werden: Unser Land braucht eine Partei, welche dem Volkswillen Nachachtung verschafft.

Ihr Gregor A. Rutz

## Freiwilliger Abonnementsbeitrag

Eine informative, aktuelle und lebendige Parteizeitung ist die Grundlage, um alle Mitglieder und Sympathisanten der SVP auf dem Laufenden zu halten. Die SVP redet Klartext. Die **Parteizeitung «SVP-Klartext»** macht das auch. Die Produktion und der Vertrieb von «SVP-Klartext» sind mit Kosten verbunden, welche gedeckt werden müssen. Aus diesem Grund erlauben wir uns, Ihnen mit dieser Ausgabe einen Einzahlungsschein zu überreichen. Sie haben so die Möglichkeit, einen freiwilligen Abonnementsbeitrag oder eine Spende zu überweisen. Damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag für die Zukunft der Parteizeitung «SVP-Klartext».

### Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Sollte der Einzahlungsschein in dieser Zeitung fehlen, verwenden Sie bitte folgende Bankverbindung:

Bank:  
UBS AG, 8098 Zürich  
Postkonto:  
80-2-2  
Zugunsten Konto:  
CH67 0023 5235 8557 0004 M  
Begünstigter:  
Schweiz. Volkspartei, 3001 Bern

(Zahlungszweck:  
Parteizeitung SVP-Klartext)

## Von Erpressern und Dieben

Diese Namen sind uns wohlbekannt: Edgar Bronfman, Israel Singer und Ed Fagan. Sie haben in den 90er-Jahren die Schmutz- und Erpressungskampagne des Jüdischen Weltkongresses gegen die Schweiz angeführt, die Sammelklagen lanciert, den Schweizer Banken über eine Milliarde abgepresst, dabei die Aktivdienstgeneration verleumdet und dem Image der Schweiz schweren Schaden zugefügt.

Nun hat sie der Lauf der Zeit entlarvt. Beim Jüdischen Weltkongress

sind immer wieder finanzielle Unregelmässigkeiten aufgetreten. Bronfman wirft jetzt seinem ehemaligen Spiessgesellen Singer gar vor, Geld aus der Kasse gestohlen zu haben. Und Fagan hat seinen Konkurs angemeldet. Dass unrecht Gut nicht gedeiht, ist eine alte Volksweisheit. Bedenklich an der Sache ist jedoch, dass sich die Schweizer Regierung damals so kläglich verhalten hat und unser Land von derart zwielichtigen Gestalten aus dem Gaunermilieu demütigen liess.

(Red.)

Bundesrat Samuel Schmid

# Glocken, die grüssen und mahnen



Wie die Berge zu diesem Land gehören, wie die Freiheit vom politischen, wie das Schiessen vom militärischen Wesen unserer Eidgenossenschaft nicht zu trennen sind, sind die Glocken ein Teil unserer Identität. Dabei ist auch an die, wertvollen und wichtigen, aber ihrer Funktion beraubten, Ausstellungsstücke in Museen oder an die auf Steinsockel gestellten historischen Glocken vor Kirchen und auf Friedhöfen zu denken, vor allem aber an die vielen Tausenden von Glocken, die jahrein, jahraus von den Kirchtürmen zu uns rufen. Sie grüssen freundlich und mahnen zugleich nicht weniger freundlich, dass der Sand durch die Uhr rinnt und keine Ewigkeit zurückbringen wird, was wir im Augenblick versäumen.

Diese Grüsse, diese Erinnerungen gelten für alle Menschen im Lande, ob sie nun unseren traditionellen christlichen oder jüdischen Glaubensbekenntnissen angehören, ob sie Muslime, Buddhisten, Hindus seien, gar nichts glauben oder noch etwas ganz anderes. Tradition gehört zur Identität: In Isfahan und Istanbul sind die Moscheen und der Ruf des Muezzins genauso Teil dieser Identität wie in Bern oder Verona (in

welsch Bern, wie unsere Vorfahren gesagt haben) die Kirchen und ihre Glocken, für alle, unabhängig von der Frage, wo ihre Wiege gestanden sei und welche politischen, gesellschaftlichen, persönlichen Vorlieben sie auch immer haben.

Die kleinste Glocke meiner engeren Heimat, dort, wo ich seit Jahrzehnten mit meiner Familie glücklich bin und immer wieder Kraft und Zuversicht finde, trägt die Inschrift: «Folgt meiner Stimme, wann ich ruf, versäumt nicht eure Pflicht.» Da stellt sich die Frage, was denn diese Pflicht sei? Die Antworten werden in einem Volk von sieben Millionen Menschen in millionenfacher Verschiedenheit ausfallen. Dieser Reichtum der Antworten spiegelt die Schweizer Freiheit, die jedem Menschen erlaubt, sein Glück und das Glück anderer zu suchen, sein Leben zu gestalten, seine Eigenverantwortung wahrzunehmen.

Es gibt totalitäre oder auch nur autoritäre Geister, die an dieser bunten Vielfalt keine Freude haben, die ob der verwirrenden, durcheinandergehenden Stimmen erschrecken. Freiheit zu ertragen ist in der Tat an-

spruchsvoll, aber der blosser Gedanke an die Alternative (jemand sagt, wo es langgeht, und die anderen gehorchen) und an die Erfahrungen mit dieser Alternative kräftigt unsere freiheitlichen Überzeugungen erneut. Wo ein reicher Bestand an alten Glocken vorhanden ist, wie in unserem Vaterland in ausgesprochener Weise, dort hat lange Freiheit geherrscht, dort hat kein Diktator das Einschmelzen der Glocken im grossen Stil jemals befehlen können.

So werden die Antworten auf die Frage, zu welcher Pflicht denn die Glocken der Heimat aufrufen, verschieden bleiben. Meine persönliche Antwort wäre, jeden Tag, ohne müde zu werden, den Versuch aufs Neue zu wagen, den Menschen dieses Landes zu dienen.

Ihr Bundesrat  
Samuel Schmid

## Bruchsch Liecht?



# DE NOSI HÄT'S!

**20**  
Jahre

**NOSERLIGHT**

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12  
info@noselight.ch, [www.noselight.ch](http://www.noselight.ch)

Ständerat Alex Kuprecht (SZ)

# Ohne 5. IV-Revision droht Fiasko

**In den vergangenen Jahren verzeichnete die Invalidenversicherung ein ungebremstes Wachstum an neu ausgesprochenen Rentenleistungen. Die Zunahme an «psychisch dauerhaft Erwerbsunfähigen» war sprunghaft und exorbitant.**

Psychologen und Psychiater waren mit der Erstellung von Gutachten voll ausgelastet. Eine Parallelität dieser Berufsgattung mit der Zunahme von neuen Rentenbezügem ist offensichtlich. Die finanzielle Auswirkung ist messbar und ersichtlich: durchschnittlich über 1,8 Milliarden Defizit in der laufenden Rechnung und insgesamt rund 9,5 Milliarden Schulden in der IV. Der ungeteilte Ausgleichsfonds der AHV/IV wird ausgehöhlt und tangiert die mittelfristige Finanzierbarkeit der Altersleistungen bedrohlich.



Die Alarmglocke läutete schon lange. Nur die verantwortlichen Sozialromantiker in der Gefolgschaft von Frau Dreifuss schwelgten noch in den Hoffnungen auf eine verbesserte Konjunktur mit einem dadurch zu erzielenden massiven Beitragszuwachs und der Möglichkeit der Schuldentrückzahlung in den Ausgleichsfonds. Die Konjunktur verbesserte sich markant, die IV-Beiträge nahmen zu, aber die Schuld wuchs

## Zielführende Revisionsmassnahmen

trotdem ins Uferlose. Erst das neue Regime im Bundesamt für Sozialversicherung zeigte Mut und zog kräftig am Schalthebel der Korrektur.

Nicht jede gesundheitliche Beeinträchtigung führt zu einer dauernden Er-

werbsunfähigkeit. Es ist deshalb ausserordentlich wichtig, dass bereits in einem frühen Stadium einer Krankheit oder eines Unfalls mit geeigneten Massnahmen entgegengewirkt wird, damit keine dauerhafte Rente entstehen kann. Die vorgeschlagenen Massnahmen zur Früherkennung sind deshalb von zentraler Bedeutung, um die Anzahl Neurenten reduzieren zu können. Ist eine Person mehr als drei Monate vom Arbeitsplatz weg, so wird eine Rückführung an den bisherigen Arbeitsplatz immer problematischer. Die vorgelagerten Versicherungseinrichtungen (Kranken- und Unfalltaggelder) erhalten neu die Möglichkeiten, enger mit dem Arbeitgeber und untereinander zusammenarbeiten und die Erkenntnisse gemeinsam zielführend zur Vermeidung einer Rente einbringen zu können. Das Arbeitsverhältnis ist meistens noch aktiv und ein Rückführungsprozess wohl einfacher als die Reintegration eines Menschen, der schon mehrere Monate oder gar Jahre nicht mehr arbeitete. Das wieder einzuführende Vorbehaltsverfahren beschleunigt die Umsetzung der Bemühungen massiv und wird die Rechtsverfahren spürbar reduzieren. Die Vorlage beinhaltet aber auch Massnahmen und Mittel zur Verbesserung der realen Rückführung und somit zur Entlastung der Rentenkasse. Die Arbeitgeber sind angehalten, bei der Reintegration im eigenen Interesse mitzuwirken, und werden auch von drohenden Mehrkosten entlastet. Die entsprechenden Anreizmittel sind in der Revision vorgesehen. Arbeiten muss wieder im direkten Interesse des Arbeitnehmenden sein und darf nicht finanziell bestraft werden. Bestraft müssen diejenigen werden, die dieses Sozialwerk zur persönlichen Gestaltung eines einfacheren und schöneren Lebens missbrauchen. Dagegen ist weiterhin ein unerbittlicher Kampf zu führen. Missbrauch schadet echten erwerbsunfähigen Invaliden in hohem Masse.

## Notwendig und massvoll

Die Sanierung der Invalidenversicherung ist dringend notwendig und ein Gebot der Stunde. Die Zahl der Neurenten ist weiter massiv zu reduzieren, ansonsten eine ausgeglichene Rechnung nicht erreicht werden kann. Die 5. IV-Revision ist deshalb ein unabdingbares Erfordernis zur Gesundung dieses wichtigen Sozialversicherungswerkes. Eine 6. Revision muss sehr rasch ins Auge gefasst werden mit dem Ziel, die unterschiedliche Rechtsanwendung in den Kantonen zu eliminieren und die gesprochenen Renten der jüngsten Vergangenheit systematisch wieder zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren. Das Parlament der nächsten Legislatur wird sich mit dieser Aufgabe umgehend befassen müssen. Im Zentrum hat dabei die Sicherstellung sowohl der AHV als auch der IV zugunsten der Rentnerinnen und Rentner als auch der effektiv arbeitsunfähigen Menschen zu stehen. Das sind wichtige Gründe und erfordern ein entschlossenes Ja auf dem Abstimmungszettel!

## Linke Logik

So reagiert die Sozialindustrielle Kathrin Hilber – Sozialdemokratin, Sozialdirektorin des Kantons St.Gallen und Präsidentin der Sozialdirektorenkonferenz – auf Kritik an der Sozialhilfe: «Es braucht mehr Sozialarbeiter.» (BZ, 28.3.07) Das heisst: Geldverschwendung und Bürokratie sollen mit mehr Geld und mehr Beamten bekämpft werden. Linke Unlogik? Nein. Auch Frau Hilber weiss, dass sie den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben kann. Aber ihr sind die Kosten des Sozialmissbrauchs egal, dafür haben ja die Bürgerinnen und Bürger aufzukommen. Hingegen bedeutet mehr Verwaltung mehr Macht und Einfluss für linke Funktionäre – für die Klientel der SP.



**Pressekonferenz der SVP zur 5. IV-Revision: Sozialmissbrauch stoppen und Sozialwerke sichern – Die SVP trägt und prägt die Abstimmungskampagne. Mit der Invalidenversicherung soll den Bedürftigen geholfen werden. Heute aber ist sie ein Honigtopf, an welchem sich Sozialschmarotzer fast ungehindert bedienen. Die Situation ist eskaliert: seit 1990 hat die Zahl der IV-Rentner um etwa 130 000 auf derzeit 300 000 zugenommen. Die Rechnung der IV war 1990 noch ausgeglichen. Im Jahr 2000 waren bereits 2,3 Milliarden und per Ende 2006 gar 9,3 Milliarden Franken Defizit zu verbuchen. Die Schuld tragen Realitätsverweigerer, linke Politiker und Sozialindustrielle. Dass wir am 17. Juni über eine Verbesserung abstimmen können, ist Verdienst der SVP, die den Missbrauch durch Scheininvaliden zum Thema gemacht hat.**

Interview mit Gion Pieder Casaulta

# IV-Missbrauch: Es fehlen die Studien

**SVP-Klartext: Wo sehen Sie die drei Hauptprobleme in der Invalidenversicherung?**

Gion Pieder Casaulta: Für mich stellt die desolante Finanzlage das Hauptproblem dar. Ein Zuwarten mit der Sanierung der Finanzen gefährdet letztlich auch die AHV. Anzuführen sind weiter die Probleme rund um die berufliche Integration. Oft könnten Versicherte eine leichte oder mittelschwere Arbeit noch durchführen. Wegen der bescheidenen Schulbildung fallen aber Umschulungen ausser Betracht, es kommen nur Hilfsarbeitertätigkeiten in Frage. Zahlreiche solcher Arbeitsplätze sind ins Ausland verlegt worden. Schliesslich möchte ich die Medizinalisierung der sozialen Probleme erwähnen. Ich bin der Auffassung, dass mancher versicherten Person eine soziale Assistenz dienlicher wäre als ein Gang durch die Instanzen der Sozialversicherungen.



**Gion Pieder Casaulta, lic. iur., Rechtsanwalt, Leiter Recht/Regress der Sozialversicherungsanstalt St. Gallen**

**Sie haben im letzten Jahr einen Aufsatz publiziert, welcher die überproportionale Vertretung von Personen aus Ex-Jugoslawien unter den IV-Neurentnern thematisierte. Wie stark ist die Balkanisierung in der IV?**

Die Zahlen in diesem Aufsatz bezogen sich auf den Kanton Zug. Wie hoch dieser Anteil gesamtschweizerisch ist, wissen wir nicht. Wir haben in diesem Zusammenhang Studien gefordert, die sich mit Fragen im

Kontext der Migration beschäftigen. Meiner Meinung nach ist eine gute Integration in unserer Gesellschaft wohl die beste Prävention. Diese ist allerdings auch nicht gratis zu haben.

**Zwei Autoren kamen kürzlich auf einen Umfang von 400 Millionen Franken pro Jahr – ein anderer Autor kam auf 2 Milliarden Franken – an nicht objektivierbaren IV-Ursachen. Wie gross ist der Missbrauch in der Invalidenversicherung?**

Der Missbrauch kann nicht beziffert werden. Die erwähnten zwei Autoren haben bei den IV-Stellen eine Umfrage gemacht. Auf verlässliche Zahlen konnte keine Durchführungsstelle zurückgreifen. Die Schätzungen der IV-Stellen, welche weit auseinanderlagen, sind einfach hochgerechnet worden. Ein solches Vorgehen ist unwissenschaftlich und unseriös.

**Werden diese IV-Probleme mit der 5. IV-Revision vollständig gelöst?**

Es ist ja keineswegs so, dass die IV-Stellen die Leistungen den Ver-

sicherten bisher nachgeworfen hätten. Durch die Einführung der regionalen ärztlichen Dienste wurde die medizinische Kontrolle bereits optimiert. Ein gewisser Missbrauch lässt sich bei einer Volksversicherung nicht ausschliessen. Das Netz kann nie so feinmaschig sein. In der Privatversicherung ist dies ja auch nicht anders. Interessanterweise sind Hausfrauen/-männer und Selbstständigerwerbende überhaupt kein Thema. Die Rede ist immer nur von beruflicher Eingliederung von Arbeitnehmenden. Die grosse Herausforderung der 5. IV-Revision wird aber das Zusammenspiel der zahlreichen am Verfahren Beteiligten sein.

**Wo müsste man den Hebel ansetzen, um die IV-Probleme über die 5. Revision hinaus in den Griff zu kriegen?**

Von mir aus gesehen müsste mehr Ursachenforschung betrieben werden. Dafür braucht es aber entsprechendes Statistikmaterial. Wie ich schon erwähnt habe, führt eine gute Integration der ausländischen Bevölkerung zu einer besseren Befindlichkeit.

Werbung

**ÜBERSETZEN,  
LEKTORIEREN, REDIGIEREN**  
**AAREPTAN**  
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen  
056 622 33 44, [www.aareptan.ch](http://www.aareptan.ch)  
[translate@aareptan.ch](mailto:translate@aareptan.ch)

**Hotel Alpenblick Fieschertal**  
Wellness-Hallenbad  
Sauna-Dampfbad-Whirlpool

**SVP-HIT**

Mit diesem Gutschein übernachten Sie zum SVP-Spezialpreis von:

**Fr. 50.-**  
pro Person/Nacht

- Übernachtung mit Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665  
[www.hotelalpenblick.ch](http://www.hotelalpenblick.ch) - [alpenblick@rhone.ch](mailto:alpenblick@rhone.ch)

## Balkanisierung der IV

Unser Interviewpartner Gion Pieder Casaulta wies zusammen mit Marco Reichmuth in einer wissenschaftlichen Studie «Moral Hazard in der 1. Säule», veröffentlicht in der Schweizerischen Zeitschrift für Sozialversicherung und berufliche Vorsorge, Band 50/2006, nach, dass Menschen aus Ex-Jugoslawien im Kanton Zug in den letzten Jahren 20,8 Prozent der IV-Neurenten bekamen, wobei ihr Anteil

an der Bevölkerung 6,1 Prozent ausmacht. Schweizer bezogen bei einem Bevölkerungsanteil von 78,4 Prozent nur 62,9 Prozent der Neurenten.

Diese massive Übervertretung von Balkanbürgern unter den IV-Bezüglern hat dazu geführt, dass mittlerweile von einer Balkanisierung der Invalidenversicherung gesprochen werden kann.

Nationalrat Dr. Pirmin Schwander (SZ)

# Stärkung der Volksrechte

**Von Neid und Frust getrieben, prangert die EU-Kommission unsere kantonale Steuerhoheit an. Nachdem die EU-Funktionäre über Jahre hinweg Klein- und Mittelbetriebe durch Enteignung aus den EU-Staaten in die Schweiz getrieben haben, versuchen sie jetzt der Schweiz mit Arroganz und Besserwisseri ein neues Steuersystem aufzuzwingen.**

Der Bundesrat ist zwar (noch) nicht bereit, Verhandlungen über die kantonalen Steuern zu führen, doch Bundesrat Merz will das Gespräch dennoch nicht verweigern. Über was soll dann überhaupt gesprochen werden? Soll unser demokratisches Steuersystem einmal mehr durch internationale Verträge umgangen werden?

Die Taktik des Bundesrates kennen wir zur Genüge. Ich erinnere an die Diskussion über den Beitritt zum Schengener Abkommen. In seiner Botschaft zu den bilateralen Abkommen vom 23. Juni 1999 hatte der Bundesrat geschrieben, dass «Verhandlungen für jene Bereiche nicht in Frage kommen, bei deren Regelung **Souveränitätsübertragungen** an supranationale Instanzen uner-



lässlich sind (Zollunion, Währungsunion, **Schengen**, Aussenhandels- und Sicherheitspolitik) ...». Die Ernüchterung dieser bundesrätlichen Botschaft kam bereits im Juni 2004,

als der Bundesrat sich weigerte, das Schengen-Dossier dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Das Parlament schloss sich, wie üblich in solchen Fragen, dem Bundesrat an. In der aktuellen Diskussion über die kantonalen Steuern ist ein ähnliches Verhalten absehbar.

In Artikel 1 der Bundesverfassung steht, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft aus dem **Schweizervolk und den Kantonen** besteht. Grundlegende aussenpolitische Weichenstellungen (wie zum Beispiel das Schengen-Dossier) müssten somit zwingend durch **Volk und Stände** beschlossen werden. Dem ist aber in der Praxis nicht so. Das Volk kann nur in bestimmten Fällen mitentscheiden. Zwar unterliegen der Beitritt zu supra-

nationalen Organisationen dem obligatorischen Volks- und Ständemehr und bestimmte völkerrechtliche Verträge dem fakultativen Referendum (nur Volksmehr), doch eine Umgehung und Aushöhlung der demokratischen und vor allem föderalistischen Rechte ist jederzeit möglich.

Die am 28. April 2007 beschlossene Volksinitiative der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) hakt hier ein. Der vorliegende Initiativtext bekämpft unmissverständlich die Aushöhlung unserer Verfassungsordnung und stärkt die Volksrechte. Gerade der aktuelle Angriff der EU-Kommission auf die kantonale Steuerhoheit zeigt auf, dass in der Aussenpolitik Volk und Stände zwingend mitentscheiden müssen. Die Initiative bewirkt beispielsweise, dass das Schengener Abkommen, die Ost-Personenfreizügigkeit und die Ostmilliarde zwingend von Volk und Ständen hätten angenommen werden müssen.

Damit Bundesrat und Parlament im aktuellen Steuerangriff der EU-Kommission nicht eigenmächtig Zugeständnisse machen können, ist die Initiative der AUNS dringender denn je. Die Erfahrungen der letzten Jahre lehren uns, dass der Respekt vor unserer Demokratie, vor unseren Volksrechten von den eigenen Behörden und Parlamenten nicht mehr zu erwarten ist.



© 3pod – FOTOLIA

## Die Volksinitiative der AUNS im Detail:

Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

Art. 140 Abs. 1 Buchstabe d der Bundesverfassung (**neu**)

d. völkerrechtliche Verträge, die

1. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen;
2. die Schweiz verpflichten, zukünftige Recht setzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen;
3. Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen;
4. neue einmalige Ausgaben oder Kosten von mehr als 500 Millionen oder neue wiederkehrende Ausgaben oder Kosten von mehr als 50 Millionen Franken nach sich ziehen.

Unterschriftenbögen können bestellt werden via **E-Mail: [info@ausn.ch](mailto:info@ausn.ch)**

Nationalrat Luzi Stamm (AG)

# Das Elend der Medien

Als die USA den Irak angriffen, brüllten die US-Medien Hurra. Wer es in USA wagte, nicht mit dem Strom zu schwimmen, wurde als Landesverräter geächtet. Politiker, die Kritik erhoben, wurden von den Medien in den Boden gespitzt. Später wurde bekannt, dass Journalisten sogar bezahlt wurden, um ins gleiche Horn wie die Regierung zu blasen.

In Europa wird allerdings nicht die Regierung in Washington als Heilsbringer verkauft, sondern das Heil liegt in Brüssel, die Hurra-Rufe gelten dem «Friedensprojekt EU». Wer es wagt, nicht mit dem Strom zu schwimmen, wird auch hier von den Medien geächtet. Wer es wagt, sich für unabhängige Nationalstaaten einzusetzen, wird als Rassist in den Boden gespitzt.

Besonders beliebt ist diese Masche in der Schweiz. Die Medien-Eigentümer wollen in die EU (Paradebeispiel Ringier, einzige Ausnahme Weltwoche). Unter den Medienschaffenden finden sich reihenweise EU-Turbos, kaum Beitrittsgegner. Sie verunglimpfen paradoxerweise ausgerechnet diejenigen als Rassenisten, welche die Schweiz als un-



abhängige direkte Demokratie bewahren wollen (gefährlich sind Machtkonzentrationen; wenn es ein wirksames Friedensprojekt gibt, dann unser System der direkten Demokratie).

In Deutschland bezeichnen Leute wie Cohn-Bendit jeden als Rassenisten, der gegen einen EU-Beitritt der Türkei opponiert. In der Schweiz wird jeder als Rassist bezeichnet, der gegen die übermässige Einwanderung opponiert und der es wagt, ein Einbürgerungsgesuch abzulehnen. Der eben erschienene Bericht «Rassismus in der Schweiz» zeigt: Wer unsere

direktdemokratischen Rechte benützt, wird als Rassist verunglimpft. Hier fünf von Hunderten von dort aufgelisteten «Rassismus-Beispielen»:

- Liestal BL, 7. April 2006: Der Landrat lehnt mit 46 Nein zu 34 Ja das Einbürgerungsgesuch einer 22-jährigen Frau türkischer Staatsangehörigkeit ab, währenddem er Vater und Bruder den Schweizer Pass zuspricht.
- Bern, Ende August 2006: Die JSVP des Kantons Bern startet eine Petition und verlangt, «dass religiöse und baulich markante Symbole nicht im normalen Baubewilligungsverfahren erteilt» werden sollten.
- Willisau LU, 8. Mai 2006: Bei der Gemeindeversammlung meldet sich das PNOS-Mitglied Michael Vonäsch als Kandidat für die Einbürgerungskommission.
- La Tour-de-Trême FR, 21. Dezember 2006: Der Freiburger Staatsrat verzichtet darauf, einen Durchgangsplatz für Fahrende aus dem Ausland einzurichten, nachdem gegen das Projekt massiver Widerstand entstanden war.
- Zürich, 30. November 2006: Zehn junge Männer, alle mit Migrationshintergrund und neun davon minderjährig, werden beschuldigt, ein 13-jähriges Mädchen vergewaltigt zu haben. Der Fall erreicht grosse Medienaufmerksamkeit und wird – insbesondere von SVP-Exponenten – für ausländerfeindliche Stimmungsmache genutzt.

Weit haben wir es gebracht, wenn nicht mehr die Täter kritisiert werden, sondern diejenigen als Rassenisten bezeichnet werden, welche Massenvergewaltigungen an den Pranger stellen.

Die Medien funktionieren weltweit nach demselben Muster. Ob Journalisten die Vasallen von Washington oder von Brüssel sind, spielt keine Rolle. Ob sie mit dem Strom schwimmen, weil sie von den Machthabern bezahlt werden, oder ob sie ideologisch verblendet sind, letztlich ebenfalls nicht. Das Elend der Medien liegt vielmehr darin, dass sie beim Verkaufen ihrer «Wahrheit» hemmungslos diejenigen als Landesverräter oder Rassenisten darstellen, die sich kritisch zur Wehr setzen.

© Marco W. Linke – FOTOLIA

## Wurde Ihr Leserbrief abgelehnt?

Die Medien blenden aus, was ihnen nicht passt. So auch Lesermeinungen in den Zeitungen. Immer wieder erhalten wir Meldung von engagierten Bürgern, deren Leserbriefe nicht abgedruckt werden. Ausgerechnet die drei grössten Tageszeitungen im Land haben in den vergangenen Wochen die Publikation von Leser-Zuschriften verweigert. Die Briefe, die uns vorliegen, sind alle in gutem Deutsch abgefasst und enthalten vernünftige Argumente – aber sie widersprechen

der Meinung, wie sie offenbar von den Redaktionen vertreten wird. Publizisten, die sonst für Meinungsäusserungsfreiheit eintreten, spielen im eigenen Machtbereich gerne die Rolle des Zensors ... Da uns interessiert, ob sich diese Praxis im Laufe des Wahljahres noch verschärft, bitten wir Sie, uns zu benachrichtigen, sollte einer Ihrer Leserbriefe bis im Oktober 2007 abgelehnt werden. Schicken Sie uns abgelehnte (bitte nur abgelehnte) Leserbriefe an mueller@svp.ch.



Nationalrat Peter Föhn (SZ)

# Mehr Schweizer Qualität

**Der Wirtschaftsstandort Schweiz bekundet immer wieder Mühe, sein Räderwerk in Schwung zu halten. Hüben wie drüben wird Sand ins Getriebe gestreut, so dass die innovativen Führungskräfte zum Teil frustriert aufgeben.**

Einerseits sind es die unverschämten «Top»-Manager, welche auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, andererseits sind es unsere linken Brüder und Schwestern, welche überall zum Besten geben, dass anscheinend alle Selbstständigerwerbenden ähnlich gut verdienen wie die Abzocker. Zu guter Letzt legt die Politik jedem Unternehmer ständig engere Fesseln um.

In den Kampfreden am 1. Mai sprach man von ausgebeuteten Mitmenschen, Lohnrückständen und rief zum Teil gar zu Streiks auf. Mit diesen provokativen Äusserungen verunsicherten die Linken nicht nur die Arbeitnehmer. Nein, sie liessen uns Gewerbetreibende aufhorchen, indem wir uns einzig fragen müssen: «Für was krampfen wir fast Tag und Nacht, wenn letztendlich doch alles falsch ist?» Diese linken Gewerkschafter und rot-grünen Politiker merken nicht oder wollen es einfach nicht einsehen, dass heute das Geschäftsleben insbesondere im KMU- und produzierenden Bereich viel härter als vor Jahren geworden ist. Ich frage sie immer wieder, weshalb



spucken diese Besserwisser nicht selber in die Hände und übernehmen einen Betrieb? Denn viele Unternehmungen wären heute um eine gute Nachfolgeregelung froh und die Mitarbeitenden äusserst dankbar, wenn so gescheite Leute diese Betriebe dann auch aus einer Krise führen und Arbeitsplätze retten würden. Aber solche Miesmacher sieht man nie an der Front eines Betriebes.

Will die Wirtschaftsnation Schweiz den hohen Wohlstand sichern, sind

wir auf Führungspersonen angewiesen, welche willens sind Überdurchschnittliches zu leisten:

- Die Schweiz braucht Frauen und Männer, die erhobenen Hauptes voranschreiten, dabei Eigenverantwortung übernehmen und sich als Vorbilder auszeichnen.
- Unsere Wirtschaft braucht gut ausgebildete Führungskräfte, welche sich den technischen Anforderungen sowie Kundenwünschen stellen und sich nicht ins Schne-

ckenhaus zurückziehen. Gefragt sind Spezialitäten und Nischenprodukte – eben Schweizer Qualität.

- Dazu brauchen wir in unserem globalen Wirtschaftsumfeld möglichst flexibles Personal, aber auch flexiblere Arbeitsbedingungen, womit man auf Unvorhergesehenes reagieren kann.

Alle sind aufgerufen, das Beste zu geben, ohne dass wir uns weitere Fesseln umlegen. Vermehrte Ellbogenfreiheit ist gefragt. Politisch können wir im Herbst die Richtung mitbestimmen. Nur ausrufen und die Faust im Sack machen nutzt nichts. Die Wahlen werden es zeigen.



© podius – FOTOLIA

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

## Wir wollen Ihren Erfolg

**GOAL**  
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation  
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation  
Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

## So wird unser Bürgerrecht verschleudert – Vier Beispiele aus dem aktuellen Positionspapier der SVP:

### Einbürgerung straffälliger Ausländer

Ein junger Brasilianer verbringt schon seit seinem 13. Lebensjahr immer wieder einige Monate in der Schweiz. Aufgrund seiner steten Straffälligkeit wird er jedoch mehrmals ausgewiesen. 1999 wird er mit 21 Jahren von einem Schweizer adoptiert und erhält dadurch automatisch das Bürgerrecht, obwohl er regelmässig in Strafverfahren verwickelt ist und über ein langes Vorstrafenregister verfügt. Seit 2003 lebt er von der Sozialhilfe und unterlässt es dabei, sein Einkommen als Tänzer und PC-Supporter anzugeben. Im April 2005 schliesslich schießt er bei einem banalen Streit zwischen zwei Autofahrern seinem Kontrahenten mitten ins Gesicht und verletzt diesen lebensgefährlich. Hierfür wird er im Januar 2007 zu neun Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Da er über einen Schweizerpass verfügt, kann er nicht ausgeschafft werden.

### Einbürgerung von IV-Empfängern

Der 56-jährige F. C. aus Italien ist schon seit längerer Zeit IV-Rentner. Sowohl sein Radiologe als auch sein Psychiater halten den Patienten für so schwach, dass er unmöglich arbeiten könne. Was die Ärzte nicht wissen: F. C. arbeitet nebenbei für seine Nachbarn. Er verlegt Granitsteine, holzt im Wald und schweisst an einem riesigen Anhänger. In Kalabrien erstellt er sich gerade ein Haus. Die kantonale IV-Stelle stellt «eine krasse Diskrepanz» zwischen den Beobachtungen der Nachbarn und den Befunden der Mediziner fest. Mit einem auf IV-Fälle spezialisierten Anwalt bekommt er jedoch die Rente aufgrund der medizinischen Berichte. Drei Jahre später stellt er im Kanton Thurgau ein Einbürgerungsgesuch und wird im Oktober 2006 eingebürgert. Für die zuständige Kommission genügt die IV-Rente als ausreichende Existenzgrundlage.

### Erschlichene Einbürgerungen

Der nigerianische Staatsangehörige A. X. (geb. 1960) reist am 21. August 1991 in die Schweiz ein. Nach Abweisung seines Asylgesuches heiratet er am 31. Juli 1993 die um 18 Jahre ältere Schweizerin Y. und erhält gestützt darauf eine Aufenthaltsbewilligung. Nach den fünf Mindestjahren wird er am 6. Juli 1998 erleichtert eingebürgert. Rund ein Jahr später, am 14. September 1999, wird diese Ehe geschieden. Am 3. August 2000 heiratet A. X. die nigerianische Staatsangehörige D. X., die zuvor (im Jahre 1998) ein von ihm gezeugtes und von ihm in der Folge anerkanntes Kind, den Sohn B. X., geboren hatte. Dieser wird als Sohn eines Schweizers ebenfalls erleichtert eingebürgert.

### Einbürgerung nicht integrierter Personen

Das Einbürgerungsgesuch einer vierköpfigen mazedonischen Familie wird im Dezember 2004 in Seewen vom Gemeinderat und von der Gemeindeversammlung mit 4:103 Stimmen abgelehnt. Der Gemeindepräsident argumentiert, man solle die Einbürgerung aufschieben, um der Familie mehr Zeit zu geben, sich besser zu integrieren. Die Antragsteller würden isoliert leben und sich kaum um nachbarschaftliche Kontakte bemühen. Auch nach zehn Jahren beherrsche die Familie die deutsche Sprache nur ansatzweise und könne nicht selbstständig für ihren Unterhalt aufkommen. Ein Anwalt der Familie reicht darauf Beschwerde gegen den ablehnenden Einbürgerungsentscheid ein, welcher der Solothurner Regierungsrat im Juni 2006 stattgibt, ohne sich bei der Gemeinde Seewen über deren Beweggründe und Feststellungen zu informieren.

# STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

## Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG  
 Industriestrasse 4  
 CH-9565 Bussnang, Schweiz  
 Telefon +41 (0)71 626 20 20  
[stadler.bussnang@stadlerrail.ch](mailto:stadler.bussnang@stadlerrail.ch)  
[www.stadlerrail.com](http://www.stadlerrail.com)



Nationalrat Oskar Freysinger (VS)

# Des Dschihads Leuchttürme

Die mit den Minaretten und muslimischen Friedhöfen verbundene Problematik ist weitaus komplexer, als es beim ersten Blick scheinen mag.

Der Islam unterscheidet drei territoriale Zustände: Im Dar el Islam (Land der Unterwerfung) hat der Islam triumphiert und regiert uneingeschränkt. Im Dar el Harb (Land des Krieges) herrschen die Ungläubigen und im Dar el Suhl (in etwa «Land des Waffenstillstands») ist der Islam zwar noch in der Minderheit und muss sich vorläufig anpassen, aber jeder dort lebende Moslem muss alles unternehmen, um dem Islam zum Triumph zu verhelfen. Unter diesem Blickwinkel haben Minarette, separate Friedhöfe, aber auch Koranschulen und Moscheen nichts mehr Unschuldiges, sondern sie werden zu extraterritorialen Kleingebieten in unreinem Gebiet, zu vorgeschobenen Stützpunkten des Islam, auf deren – zwar bescheidenem – Territorium nur das islamische Gesetz gelten darf.

Moscheen sind denn auch weniger mit unseren Kirchen vergleichbar, wie gemeinhin angenommen wird, sondern viel eher mit unseren Zivilstandsämtern, werden doch dort hauptsächlich juristische und zivilrechtliche Abläufe ab-



gewickelt (insbesondere als der Islam keine Sakramente kennt). Die Moschee ist viel eher ein Ort der Zurschaustellung, der Unterwerfung als des Gebets. Wenn ein Moslem den Koran rezitiert, dann rezitiert er einen Text, der unserem Zivilgesetz nahekommt. Ein Zivilgesetz jedoch, das er als «unerschaffen» ansieht, weil er an dessen göttliche Herkunft glaubt.

Das Problem der Unvereinbarkeit zwischen islamischer und abendländischer Kultur ist demzufolge primär nicht religiöser, sondern juristischer Art, denn

die Scharia geht der Staatsbildung voraus und ist der Sockel, auf dem der Staat aufgebaut wird (islamische Nomokratie). Im Dar el Islam, dem geweihten Land, auf dem sich der Islam etabliert hat, darf kein die Scharia konkurrierendes Gesetz geduldet werden. Dieses «geweihte Land» des Islam umfasst zurzeit in Europa zahlreiche Stadtteile in Frankreich, Grossbritannien und Deutschland, wo mehrheitlich Moslems leben, umfasst die separaten Friedhöfe, die Moscheen und Koranschulen, die über das Abendland verteilt sind und ständig zahlreicher werden.

## Fähnchen auf der Landkarte

Minarette sind die Leuchttürme dieses Vordringens, sie sind so etwas wie die Fähnchen, die Generäle auf ihre Generalstabkarten stecken, um erobertes Gebiet zu kennzeichnen. Das Wort «Minarett» kommt nicht von ungefähr vom Wort «El Molnar», Leuchtturm, her. Minarette sind die Leuchttürme des Dschihad, sie sind die weit sichtbaren Symbole eines unbedingten religiösen Anspruchs.

Wenn nun der amerikanische Bundesstaat Michigan von verschleierte Frauen bei Personalkontrollen keine Lüftung des Schleiers fordert, dann akzeptiert dessen Regierung eine konkurrierende Rechtslage. Dies trifft auch auf den Fall

Der Autor dieses Artikels hat vor kurzem einen Roman unter dem Titel «Die Schachspirale» veröffentlicht, einen Polit- und Psychothriller, der die Russische Revolution zum Schauplatz hat. Näheres unter [www.ofreysinger.ch](http://www.ofreysinger.ch), Bestellung bei [ofreysinger@bluewin.ch](mailto:ofreysinger@bluewin.ch) oder 079 471 94 11.

zu, wo die Schweizer Asylrekurskommission befand, dass «das Schweizer Recht sich nicht anmassen könne, über fremdem Recht zu stehen». Ebenso geschehen in Deutschland, wo eine Richter einer Frau die Scheidung verweigerte, weil «im Islam die Züchtigung der Ehefrau rechters» sei. Alle diese Fälle zeigen auf, dass die abendländischen Demokratien bereit sind, das divergierende und konkurrierende Rechtssystem des Islam auf ihrem Staatsgebiet zu dulden.

Es ist denn auch nicht verwunderlich, wenn aus islamischer Ecke immer stärker die Forderung ertönt, in den mehrheitlich von Moslems bewohnten Gebieten die Scharia als Rechtssystem gelten zu lassen.

Unser Rechtsstaat hat die Pflicht, (insbesondere im Bereich des Eherechts, des Strafrechts usw.), die integrale Annahme unseres Gesetzes durch islamische Einwanderer zu fordern und die Gewährung jeder noch so geringfügig scheinenden Konzession zu vermeiden, die auch nur andeutungsweise zur Etablierung einer parallelen Rechtsprechung ermuntern könnte. Indem wir die Segregation der islamischen Bevölkerung durch die Duldung rechtlich divergierender Brückenköpfe (wie z.B. separate Friedhöfe) fördern, verhindern wir deren Verwurzelung in unserem kulturellen Erbgut und die viel gelobte Integration bleibt ein reines Lippenbekenntnis.

## Muslime drohen der Schweiz

Die neulich lancierte Initiative zum Verbot von Minaretten (Unterschriftenbogen können unter [www.minarette.ch](http://www.minarette.ch) heruntergeladen werden) löst Reaktionen in der islamischen Welt aus. Entgegnet wird nicht mit Erklärungen oder Argumenten, sondern mit Drohungen an die Schweiz. Auf der Internetseite des arabischen

Senders Al Jazeera finden sich Beiträge wie: «Wir sind jetzt noch am Schlafen. Aber an dem Tag, an dem wir aufwachen, werden wir euch Unheil bringen!» Oder: «Der Islam wird siegen!» (vgl. Berner Zeitung 11.5.07, S. 3) Wir Schweizer sind bereits aufgewacht. Deshalb die Volksinitiative. (Red.)

Werbung

**CO<sub>2</sub> REDUZIEREN**  
Benzin / Diesel sparen  
Umwelt schützen

[www.bmb.li](http://www.bmb.li)  
[bmb@bmb.li](mailto:bmb@bmb.li)  
079 432 33 73

**Internet-Auftritte**

für SVP-Kandidaten,  
Ortsparteien oder KMU.

[www.typo3start.ch](http://www.typo3start.ch)

Schnell, einfach, günstig  
und professionell.

## Aus dem Kanton Zürich

Die SVP des Kantons Zürich hat sich zu einem Kandidatenwechsel entschlossen. Neu tritt unser Parteipräsident Ueli Maurer an. Sein Leistungsausweis braucht hier nicht weiter erläutert zu werden; sein umsichtiges und entschlossenes Engagement für eine freie und prosperierende Schweiz ist uns bekannt. Diese Kandidatur gibt den Bürgerinnen und Bürgern im Kanton Zürich die Möglichkeit, beste und erfahrungsreichste SVP-Kompetenz ins Stöckli zu entsenden.

Grossrat Thomas Fuchs (BE), Vizepräsident SVP Stadt Bern

# Islam-Zentrum als Machtsymbol

**250 Moscheen (davon nur je eine Moschee mit Minarett in Zürich und Genf) findet man heute in der Schweiz, Tendenz rasant steigend. Bern hat nun ganz Grosses vor.**

Ein Luxustram in den Westen von Bern soll dem rot-grün beherrschten Bern den seit Jahren erwarteten Aufschwung bringen, die Einführung von altertümlichen Strassenzöllen soll die Innenstadt zum Verweilparadies werden lassen und mit dem Bau eines überdimensionalen Islam-Zentrums durch Farhad Afshar auf städtischem Grund und Boden sollen im Gebiet des Stade de Suisse (zu bürgerlichen Zeiten noch «Wankdorfstadion» genannt) Touristen nach Bern gelockt werden. Wer's glaubt, wird selig!



bundes (SIG), sowie die beiden muslimischen Vertreter Farhad Afshar und Hisham Maizar treffen, um über «religionspolitische Fragen» zu diskutieren. 2008 soll zudem in Bern ein Haus der Religionen gebaut werden. Auffällig ist dabei, dass es zwei Vertreter der Muslime im Rat hat, das zeigt deren Uneinigkeit. Die Umma, deren Sprecher sich Afshar nennt, ist der sogenannte Dachverband der bernischen Muslime, vertritt aber nur das Interesse einer Minderheit. Als die «Weltwoche» Afshar zu seiner Meinung über die Steinigung be-

fragte, die die Scharia etwa bei Ehebruch vorschreibt, drückte er sich lange um eine klare Antwort.

## Woher kommt das Geld?

Die Umma will nun in Bern mittels internationalen Architekturwettbewerbs ein islamisches Zentrum realisieren. Ein Stararchitekt ist gesucht! Das Konzept sieht einen Gebäudekomplex mit einer Bruttogeschossfläche von sage und schreibe 23 000 Quadratmetern vor. Darin sind ein Islam-Museum, ein islamisches Wellnessbad (Hammam), ein Kongresszentrum sowie ein Hotel mit Gebets- und Büroräumen untergebracht. Im Museum werden die islamischen Länder der Welt vorgestellt mit ihrer Geschichte, Kultur und Wirtschaft; dazu kommen Räume für Wechselaus-

stellungen. Das Projekt trägt den Namen «Avicenna-Zentrum Bern». Avicenna ist die lateinische Form des Namens von Abu Ali al-Husain ibn Sina-el Balkhi, einem persischen Wissenschaftler, Arzt und Philosophen (980–1037). Das Viersternhotel mit 120 Zimmern soll dereinst das wirtschaftliche Fundament des Avicenna-Zentrums bilden. Kostenpunkt des Islam-Zentrums: 80 Millionen Schweizer Franken.

Die Finanzierung bleibt so geheimnisvoll wie die wahren Gründe des geplanten Monumentes. Gemäss Zonenplan und Angaben des Stadtplaners ist der Bau einer Riesemoschee in diesem Gebiet möglich – Bedenken der Bernerinnen und Berner hin oder her. Es ist an der Zeit, dass solchen Machtansprüchen des Islams Einhalt geboten wird, aber dazu braucht es auch in Bundesbern noch mehr SVP/JSVP, bevor es zu spät ist.

## Rat der Religionen

Blenden wir zurück: 2006 wurde der Schweizer Rat der Religionen gegründet. Das sechsköpfige Gremium sieht sich als Ansprechpartner für die Bundesbehörden und will den «religiösen Frieden» im Land wahren. Nebst dem reformierten Pfarrer Wipf wollen sich der katholische Bischof Kurt Koch, Fritz-René Müller, Bischof der christkatholischen Kirche, Alfred Donath, Präsident des Schweizerischen Israelitischen Gemeinde-

## www.minarette.ch

Den Unterschriftenbogen und die Argumentarien sowie Referate zur Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten»

kann man jetzt im Internet lesen und ausdrucken. Der Internet-Auftritt ist ab sofort online unter [www.minarette.ch](http://www.minarette.ch).



**ELPEX AG**  
Beitlachstrasse 141 • 2540 Grenchen  
Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf  
Tel. 034 426 25 00 • Fax 034 426 26 09  
E-Mail: [elpex@spectraweb.ch](mailto:elpex@spectraweb.ch)



Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-, Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.



- ◆ **Projektierung**
- ◆ **Steuerungsbau**
- ◆ **Software**
- ◆ **Inbetriebnahme**
- ◆ **Betreuung**

Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



**Jugendgewalt: SVP Frauen Aargau reden Klartext!**

Die SVP Frauen Kanton Aargau trafen sich zum Thema «Jugendgewalt». Unter der Leitung der Präsidentin der SVP Frauen Aargau, Grossrätin Milly Stöckli, referierten Peter Hochueli, Schulleiter aus Obersiggenthal, und Grossrätin Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin SVP Schweiz. Hochueli beleuchtete die Jugendgewalt von verschiedenen Seiten, weil die Gewalt auch viele Gesichter hat. Er konnte viel Interessantes aus seinem täglichen Umfeld, der Schule, berichten. Kernaussage von Schulleiter Hochueli: «Noch lange nicht alle Jugendlichen sind gewaltbereit, aber die, die es sind, müssen konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Das geht nur, wenn der Dialog auch mit den Eltern und Lehrern stattfindet. Denn Erziehung geschieht zuerst im Elternhaus.»

Grossrätin Sylvia Flückiger sprach in ihrem Referat zuerst einmal die Verrohung unserer Gesellschaft an. Das beginnt mit der Sprache, dem rüpelhaften Umgang mit Vorgesetzten und der «Ich»-Gesellschaft. Flückiger stellte fest, dass gel-

tende Regeln konsequent eingehalten werden müssen. Das muss aber zuerst im Elternhaus beginnen. Es kann nicht sein, dass die Lehrer erzieherische Aufgaben übernehmen müssen, so Flückiger.

Viele Vereine nehmen heute schon auf verschiedenste Arten ihre Aufgabe wahr und bieten den jungen Erwachsenen eine Möglichkeit, sich sportlich zu messen und an ihre Grenzen zu stossen. Diese Vereinsarbeit hat einen unglaublichen Wert und den Verantwortlichen gehört an dieser Stelle ein grosses Dankeschön. Auf die Frage der Moderatorin Stöckli, ob die Lieder von Baschi und Rapper Stress die Jugendlichen negativ beeinflussen, antworteten Hochueli wie Flückiger, dass die meisten Jungen gar nicht so auf den Text hören, sondern wenn der Beat stimmt, rockt die Musik. Aber aus ihrer Sicht haben diese Texte nichts mehr mit Kunst zu tun, und Musik ist Kunst. Hier geht es nur noch um Provokation und Medienrummel, was der Sache nicht wirklich dient.



- ..... Expl. Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn! Fr. 25.–
- ..... Expl. Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben! Fr. 79.–
- ..... Expl. Sitzungsmappe schwarzes Kunstleder, A4, diskrete Logo-Prägung Fr. 49.–
- ..... Expl. Pin ab 10 Stück Fr. 6.–/Stück Fr. 7.–
- ..... Expl. Poloshirt  dunkelblau  weiss / Grösse ..... (S, M, L) Fr. 40.–
- ..... Expl. Post-it Block à 50 Blatt Fr. 2.–
- ..... Expl. Offiziersmesser Original-Victorinox Fr. 20.–
- ..... Expl. Kleber Bogen à 35 Kleber Fr. 6.–
- ..... Expl. Jass  französisch  Deutschschweizer Fr. 3.–
- ..... Expl. Ballone Sack à 50 Stück Fr. 40.–
- ..... Expl. Kugelschreiber Fr. 2.50

Name .....

Vorname .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an:  
 Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern  
 per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

**Online-Bestellung auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch)**

**ZUPPIGER & PARTNER**  
 Wirtschafts- und Unternehmensberatung

Schweizergasse 14, Postfach 1013, 8021 Zürich  
 Telefon 044 226 15 15, Fax 044 226 15 25  
 E-Mail: [info@zuppigerpartner.ch](mailto:info@zuppigerpartner.ch)  
[www.zuppigerpartner.ch](http://www.zuppigerpartner.ch)

Büro Hinwil:  
 Bruno Zuppiger  
 Rebhaldenstrasse 10, 8340 Hinwil  
 Telefon 044 937 34 57  
 Fax 044 977 23 90

- Beratung für Klein- und Mittelbetriebe
- Kaderselktion und Personalvermittlung
- Treuhandwesen (Finanz- und Rechnungswesen, Buchhaltungen usw.)
- Beratung in Rechts-, Finanz- und Verwaltungsfragen
- Immobilien-Management und Immobilienverwaltung

**Walter Gurtner Der Schreiner**  
 Ausstellung: Das Original

Schreinerei  
 Innenausbau



Reparatur- und  
 Glasbruchservice



4658 Däniken 062 291 13 82  
[www.schreiner-gurtner.ch](http://www.schreiner-gurtner.ch)  
[info@schreiner-gurtner.ch](mailto:info@schreiner-gurtner.ch)

Nationalrat Toni Brunner, Wahlkampfleiter SVP

# Wahlwerbung: Den anderen Parteien einen Schritt voraus

Bis zu den eidgenössischen Wahlen im Oktober werden Millionen Flugpassagiere mit dem SVP-Logo begrüsst oder verabschiedet, wenn sie in Zürich-Kloten landen oder starten. «SVP: Mein Zuhause – unsere Schweiz» ist auf einem 11 200 Quadratmeter grossen Feld, nördlich des Flughafens Kloten, bei der Gemeinde Höri, zu lesen.



Die Nationalräte Ueli Maurer und Toni Brunner an der Medienkonferenz auf dem SVP-Feld in Höri

Mindestens drei weitere solche Felder werden in der Schweiz in diesen Tagen bepflanzt. Politische Werbung auf Feldern ist neu, natürlich, kommt an und passt zur SVP. Die Medien sind überrascht, die anderen Parteien erstaunt: Die SVP ist in Sachen kreativer Wahlwerbung einfach einen Schritt voraus.

Die SVP-Delegiertenversammlung hat ein ehrgeiziges Wahlziel beschlossen:

100 000 neue Wählerinnen und Wähler will die SVP im Herbst dazugewinnen. Das Ziel ist nicht Selbstzweck, sondern dringend notwendig, um die eidgenössische Politik weiter zu verbessern. Im Auge hat die SVP dabei auch Menschen, die der Urne sonst eher fernbleiben. Diese will sie mobilisieren. Einerseits passiert das über Themen. Die SVP bringt Nutzen. Sie bringt Lösungen für diejenigen Probleme, die den Menschen wirklich

unter den Fingernägeln brennen (Stichworte: Steuern, Gebühren, Abgaben, Bussenterror, Jugendgewalt, Ausländerkriminalität und Missbräuche unseres Systems durch Ausländer etc.). Auf der anderen Seite haben Analysen gezeigt, dass eine klare Botschaft alleine nicht genügt, damit darüber berichtet und sie wahrgenommen wird. Politische Botschaften müssen so verpackt werden, dass sie beim Empfänger ankommen.

Die SVP gibt den Ton im Wahlkampf an: Sie ist die erste Partei, die politische Botschaften mittels Telefonwerbung verbreitet. Sie ist die einzige Partei, die ein sympathisches Tier, Geissbock Zottel ([www.svp-zottel.ch](http://www.svp-zottel.ch)), als Glücksbringer einsetzt. Sie ist die erste Partei, die schon vor einem Jahr auf [www.svp.ch](http://www.svp.ch) ein offenes Internet-Diskussionsforum in Betrieb genommen hat, welches bis heute eine Million Mal besucht wurde. Sie ist die erste Partei, die Feldwerbung betreibt. Sie ist die erste Partei, die eine Wahl-Website in Be-



Landwirt Beat Zimmermann aus Höri mit Nationalrat Ernst Schibli und Geissbock Zottel vor der SVP-Feldwerbung

trieb nimmt ([www.svp-wahlen.ch](http://www.svp-wahlen.ch)), auf der man mitmachen und beobachten kann, wie die SVP dem Ziel «100 000 neue Wähler» jeden Tag einen Schritt näher kommt.

## [www.svp-wahlen.ch](http://www.svp-wahlen.ch)

Der Wahlkampf für die National- und Ständeratswahlen läuft auf Hochtouren. Der Auftrag der SVP ist klar: Es müssen bis im Oktober 2007 mindestens 100 000 neue Wählerinnen und Wähler gefunden werden, die vor vier Jahren noch nicht SVP gewählt haben. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die SVP unter anderem eine Wahl-Website in Betrieb genommen. Über die Adresse [www.svp-wahlen.ch](http://www.svp-wahlen.ch) kann man einerseits mitverfolgen, wie die 100 000 Neuwähler mobilisiert werden. Auf der anderen Seite sind alle Parteimitglieder und Sympathisanten aufgerufen, aktiv im Internet mitzumachen. Kostenlos und unverbindlich kann man sich auf der Wahl-Website eintragen und sich als SVP-Mitglied, -Wähler oder -Sympathisant präsentieren, sogar mit Foto. Die Wahl-Website lebt von Menschen. Menschen wie Sie. Helfen Sie mit, aus den Wahlen 2007 [www.svp-wahlen.ch](http://www.svp-wahlen.ch) zu machen.



**Kinder aufgepasst!**



# Mit Geissböck Zottel spazieren gehen

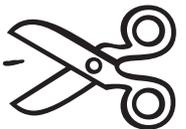
Er ist Kult, der sechsjährige Glücksbringer der SVP im Wahljahr 2007 – unser Geissbock Zottel ([www.svp-zottel.ch](http://www.svp-zottel.ch)). Dutzende Familien und Kinder haben angefragt, ob sie Zottel einmal besuchen, ihn streicheln oder mit ihm spazieren gehen dürften. Das ist aus verständlichen Gründen nicht jederzeit möglich. Für acht Kinder wird dieser Wunsch aber in Erfüllung gehen.

Machen Sie mit beim SVP-Wettbewerb. Aus den eingesandten Talons wird die Redaktion von «SVP-Klartext» acht Kinder auslosen, die am Samstag, 23. Juni 2007, von 10 bis 12 Uhr mit SVP-Geissbock Zottel und Wallach Wauti im zürcherischen Otelfingen spazieren gehen dürfen. Bedingung: Die Kinder müssen **zwischen fünf und zwölf Jahre alt** sein und **am 23. Juni von 10 bis 12 Uhr Zeit für Zottel** haben. Natürlich sind die Eltern der ausgelosten Kinder ebenfalls herzlich willkommen.

**Achtung: Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt.**



## Talon ausfüllen und sofort einsenden



Wir haben am 23. Juni 2007 Zeit und möchten Zottel treffen:

**Kind 1**

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Alter: \_\_\_\_\_

**Kind 2**

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Alter: \_\_\_\_\_

**Kind 3**

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Alter: \_\_\_\_\_

**Kind 4**

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Alter: \_\_\_\_\_

**Kind 5**

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Alter: \_\_\_\_\_

**Eltern**

Name/Vorname: \_\_\_\_\_  
 Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_  
 E-Mail: \_\_\_\_\_  
 Unterschrift: \_\_\_\_\_



# Miss- brauch

**STOPPEN**

***IV-Revision* JA**



Die Partei des Mittelstandes

PC 30-8828-5